



## **Rechtsausschuss**

10. Sitzung (öffentlicher Teil)<sup>\*)</sup>

7. März 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 13.50 Uhr

14.00 Uhr bis 15.15 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Stenografin: Heike Niemeyer

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

<b>1</b>	<b>Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)</b>	<b>1</b>
----------	---	----------

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 13/400, 13/620 und 13/750

Einzelplan 04 - Justizministerium  
Vorlagen 13/304 und 13/446

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- Diskussion und Abstimmung der einzelnen Anträge; die Abstimmungsergebnisse sind der Vorlage 13/514 zu entnehmen.

---

<sup>\*)</sup> Vertr. Teil mit TOP 6 siehe Vertr. APr 13/3

- 2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen - Aufnahme von Kinderrechten** 9

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/472

Der Vorsitzende fasst als Meinung des Ausschusses zusammen, sich einer eventuellen Anhörung anzuschließen und Fragen sowie Vorschläge für Sachverständige über die jeweiligen Mitglieder im federführenden Ausschuss zu formulieren.

- 3 Gesetz über die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene** 9

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/623

Die Beratung wird vertagt.

- 4 Qualitativer Sprung in der Frauenpolitik - Gender Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen** 10

Antrag der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/713

Die Beratung wird vertagt.

- 5 Verschiedenes** 10  
**hier: Verabschiedung des Staatssekretärs Dr. Ritter im Justizministerium**

## **2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen - Aufnahme von Kinderrechten**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/472

*(vom Plenum am 14. Februar 2001 an den Hauptausschuss - federführend - sowie an den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, den Ausschuss für Kommunalpolitik, den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform und an den Rechtsausschuss überwiesen)*

**Peter Biesenbach (CDU)** bittet im Namen der CDU-Fraktion, zumindest die Beratung über die Punkte 2, 3 und 4 wegen noch ausstehender Abstimmung in seiner Fraktion zu vertagen.

**Anke Brunn (SPD)** spricht sich, sollte der federführende Ausschuss eine Anhörung beschließen, dafür aus, die Fragestellungen aus Sicht des Rechtsausschusses einzubringen, beispielsweise die Klagen aufzunehmen, dass die UN-Kinderkonvention in Deutschland noch nicht in hinreichendem Maße ihren Niederschlag finde.

Der **Vorsitzende** fasst als Meinung des **Ausschusses** zusammen, sich einer eventuellen Anhörung anzuschließen und Fragen sowie Vorschläge für Sachverständige über die jeweiligen Mitglieder im federführenden Ausschuss zu formulieren.

## **3 Gesetz über die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/623

*(vom Plenum im Anschluss an die erste Lesung am 14. Februar 2001 an den Ausschuss für Kommunalpolitik - federführend - sowie an den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie und an den Rechtsausschuss überwiesen)*

Die Beratung wird vertagt.